

MÜTTER MIT COURAGE

Die «Soldatenmütter von St. Petersburg»

Klaus Ammann

Seit über zehn Jahren hilft die regierungsunabhängige Menschenrechtsorganisation «Soldatenmütter von St. Petersburg» jungen Männern, die im Konflikt mit der russischen Armee stehen. Mütter zeigen hauptsächlich Müttern und ihren Söhnen, wie sie sich durch richtiges Nutzen der gesetzlichen Möglichkeiten erfolgreich wehren können. Dieser Beitrag gibt Einblick in die Arbeit, die Ziele und die unterschiedlichen Probleme der Soldatenmütter.

Elena Dmitrievna hat zwei Söhne, Sascha und Aleksej. Vor zwölf Jahren hat ihr Ehemann die Familie verlassen. Um ihren Söhnen und sich eine Existenz zu sichern, verkaufte Elena in den Strassen von St. Petersburg für ein ausländisches Unternehmen verschiedenste Produkte.

Auf Grund der in Russland geltenden allgemeinen Wehrpflicht wurde ihr älterer Sohn Sascha im Frühjahr 1998 zum zweijährigen Militärdienst eingezogen. Sascha fügte sich in sein Schicksal. Elena liess ihn schweren Herzens ziehen, da sie sich nicht vorstellen konnte, wie sie dagegen etwas hätte unternehmen können. Sie wusste einzig, dass sich gewisse junge Männer von der Armee loskaufen. Doch dazu reichten einerseits ihre finanziellen Mittel nicht und andererseits wäre sie dadurch mit ihrem Gewissen in Konflikt geraten. Der Kauf des Dienstbüchleins ist klar illegal. Die gläubige Katholikin versuchte also den Weggang ihres Sohnes als eine Art Opfer zu sehen.

Ein Jahr später wurde Elenas zweiter Sohn, Aleksej, nach Beendigung seiner Ingenieur-Ausbildung trotz gesundheitlicher Probleme – er leidet seit früher Kindheit an einer Herzkrankheit – einberufen. Ohne ihn medizinisch untersucht zu haben,

erklärten ihn die Aushebungsbeamten für tauglich. Nun konnte Elena nicht mehr anders, sie musste sich wehren.

In ihrer Verzweiflung wandte sie sich an die «Soldatenmütter von St. Petersburg». Dort erfuhr sie von ihren durch die Verfassung garantierten Rechten, insbesondere von der Möglichkeit, ihren Sohn auf Grund seiner gesundheitlichen Probleme zu verteidigen.

In einem ersten Schritt erklärte sie ihren Sohn vor der militärischen Einberufungskommission schriftlich für untauglich. Um ihren Antrag zu unterstützen, liess Elena Aleksej von unabhängigen Ärzten untersuchen. Zudem schrieb sie selbst eine ausführliche Krankengeschichte ihres Sohnes von dessen Geburt bis zur Einberufung. In dieser Zeit erschienen praktisch täglich Milizionäre an ihrer Tür, die ihren Sohn abführen wollten. Elena hatte jedoch mittlerweile gelernt, dass sie keinem «Ordnungshüter» ohne Haftbefehl die Tür öffnen muss.

Als sämtliche Beweismittel vorlagen, trat Elena vor der Einberufungskommission auf und erreichte Aleksejs Freistellung von der Rekrutierung aus Gesundheitsgründen.

Der Autor war im Jahr 2000 freiwilliger Mitarbeiter der «Soldatenmütter von St. Petersburg» und steht seither in engem Kontakt mit der Organisation.

Die meisten sind selbst betroffen

Dieser Erfolg spornte Elena an. Je länger, desto weniger konnte sie die Situation ihres älteren Sohnes Sascha akzeptieren. Da dieser in einer Kaserne am Stadtrand von St. Petersburg Dienst leistete, konnte Elena ihn jeden Sonntag besuchen. Allerdings bedeutete dies nicht selten stundenlanges Warten, bis sie zu ihrem Sohn vorgelassen wurde. Bei ihren Besuchen fiel Elena auf, dass Sascha sowohl regelmässig geschlagen wurde als auch psychisch unter dem Leben in der Armee litt. Sascha selbst sagte allerdings nichts. In dieser Zeit bat Elena seine Vorgesetzten um ein paar Tage Urlaub für ihren Sohn, was ihr – zu ihrer eigenen Überraschung – gewährt wurde.

Von Gesetzes wegen sind regelmässige Urlaube vorgesehen; in der Regel werden sie von den Vorgesetzten jedoch nicht gewährt, solange sich niemand von aussen für einen Soldaten einsetzt.

Während dem Urlaub beschloss Elena, ihren Sohn nicht mehr ins Militär zurückzuschicken. Stattdessen meldete sie ihn zu einer medizinischen Untersuchung in einer Privatklinik an. Nur dort kann man nämlich davon ausgehen, dass sich Ärztinnen und Ärzte in ihrer Diagnosestellung nicht durch Anrufe aus der Kaserne oder von der Einberufungskommission beeinflussen lassen. Allerdings sind solche unabhängigen Untersuchungen verhältnismässig teuer, und so war Elena auf Hilfe von aussen angewiesen. Ihr Ehemann hatte für die Untersuchung Aleksejs bezahlt, da er mit seinem jüngeren Sohn eine gute Beziehung unterhält. Für Sascha wollte er jedoch nicht aufkommen. Staat-

liche Gelder finden sich zu diesem Zweck aus nachvollziehbaren Gründen nicht. Nur dank der Organisation «Soldatenmütter von St. Petersburg», die über einen besonderen Fond verfügt, konnte Sascha schliesslich untersucht werden. Nachdem auf diese Weise mehr als genug Beweise für die angeschlagene Gesundheit von Sascha zusammengetragen waren, musste der junge Mann, dem offiziellen Prozedere entsprechend, in ein Militärspital eingeliefert werden. Dort wurden die Befunde der zivilen Ärzte nochmals überprüft. Einen Monat später erklärte auch Sascha für «demobilisiert aus Gesundheitsgründen».

Seit sie mit der Organisation Kontakt aufgenommen hat, arbeitet Elena bei den «Soldatenmüttern von St. Petersburg» aktiv mit und ist mittlerweile eine ihrer tragenden Personen geworden. Wie die allermeisten der aktiven Soldatenmütter ist sie eine direkt Betroffene und kann auf ihre eigenen Erfahrungen zurückgreifen, wenn sie mit Hilfesuchenden spricht. Ihre beiden Söhne repräsentieren die beiden häufigsten Fälle, mit denen die Soldatenmütter konfrontiert werden: Mehrheitlich haben sie sich zu befassen mit jungen Leuten, welche wie Aleksej stellungspflichtig sind. Daneben meldet sich aber eine ständig wachsende Zahl bereits dienstleistender Soldaten oder Offiziere, die aus der Armee geflohen sind und nun ihren Status legalisieren möchten.

Seit der Gründung der Organisation vor zehn Jahren konnten dank den Soldatenmüttern rund 100 000 junge Männer von der Einberufung befreit und gut

3500 aus gesundheitlichen Gründen demobilisiert werden.

Hilfe zur Selbsthilfe

Wie das Beispiel Elenas zeigt, leisten die Soldatenmütter vor allem Hilfe zur Selbsthilfe. Zweimal pro Woche bietet die Organisation in ihren Räumlichkeiten die drei- bis vierstündige «Schule der Menschenrechte – Verteidigen wir unsere Söhne» allen Interessierten kostenlos an. Diesen Veranstaltungen wohnen durchschnittlich 100, in den Einberufungsperioden bis zu 150 Stellungspflichtige und Angehörige bei. Die Soldatenmütter setzen ausschliesslich auf legales Vorgehen und lehnen eine Freistellung durch Loskaufen – wie unter Vermögendere gängig – grundsätzlich ab. In der «Schule der Menschenrechte» werden den Interessierten nicht nur die betreffenden Verfassungs- und Gesetzestexte vermittelt, sondern man erklärt ihnen auch genau, wie und an wen welche Gesuche geschrieben werden müssen, welche Dokumente wem abgegeben werden sollen, welche nicht und wer welche Befugnisse hat. Betroffene mit ähnlichen Problemen werden zusammengeführt und angehalten, gemeinsam bei den Behörden vorstellig zu werden.

Neben der genannten «Schule der Menschenrechte» bieten die Soldatenmütter den Betroffenen in Seminaren psychologische Unterstützung. Laut Aussagen von Ella Poljakova, der einen Co-Vorsitzenden der Organisation, haben im postsowjetischen Russland viele Leute noch grosse Angst vor Behörden und glauben nicht daran, dass gesetzlich verankerte Rechte auch durchgesetzt werden können. In den

Augen der Soldatenmütter können nur engagierte und selbstbewusst auftretende Bürgerinnen und Bürger der eigentlich modernen demokratischen Verfassung Russlands auch im Umgang mit der Bürokratie Achtung verschaffen.

Die im Zuge des so genannten «Kampfes gegen den Terrorismus» um sich greifende Vernachlässigung der Menschenrechte bekommen auch die Soldatenmütter zu spüren. Es mehren sich nicht nur die direkten und indirekten Versuche der Einflussnahme durch Militär- und Zivilbehörden, auch die Geldgeber aus dem Westen, unter anderen die EU, beginnen ihre Schwerpunkte anderweitig zu setzen. In diesem Kontext überrascht es nicht, dass den Soldatenmüttern die Mittel für eine Betreuung junger Leute nach ihrer Befreiung aus der Armee schlicht fehlen. Vorzeitig aus dem Militärdienst Entlassene können bei ihrer Reintegration ins Zivilleben nämlich kaum auf die Hilfe des Staates zählen.

Katastrophale Menschenrechtsslage in der Armee

Hoffnung schöpfen lässt die stetig wachsende Zahl junger Männer, die versuchen, ihre Einberufung zu verhindern. Dies obwohl die Militärbehörde, um ihr Plansoll trotzdem zu erfüllen, zunehmend zu illegalen Mitteln greift, wie der Rekrutierung ausserhalb der offiziellen Einberufungsperioden oder der Rekrutierung ohne vorangehende medizinische Untersuchung. Immer öfter kommt es auch zu gewaltsamen Rekrutierungen: Junge Männer werden von der Polizei auf der Strasse aufgegrif-

fen, vom Arbeits- oder Ausbildungsort oder von zu Hause «abgeholt» und ohne Benachrichtigung der Angehörigen direkt in Truppeneinheiten verfrachtet. Einmal eingerückt, müssen die Rekruten bei mangelhafter Ernährung und ungenügender sanitärer und medizinischer Versorgung Dienst leisten. Gleichzeitig geraten sie in ein System institutionalisierter Menschenrechtsverletzungen.

Innerhalb der Armee herrscht ein wohl inoffizielles, aber offen toleriertes Rangordnungssystem – die berüchtigte dedovščina (Grossväterherrschaft) –, in dem kürzer Dienende von dienstälteren Soldaten unterdrückt, ausgenutzt und systematisch gequält werden. Zu den häufigsten «Strafen» zählen verordneter Hunger, Schlafentzug, Haft in Unterdruckkammern sowie Schläge mit Ketten und Gürteln und oft Vergewaltigungen. Opfer werden in der Regel im zweiten Dienstjahr selbst zu Tätern, einige können fliehen, andere erliegen den Folterverletzungen oder begehen Selbstmord.

Die «Soldatenmütter von St. Petersburg» haben in diesem Frühjahr vor dem UNO-Ausschuss gegen Folter (CAT) in Genf zum wiederholten Mal betont, dass die Folteraktionen in den letzten Jahren immer häufiger und grausamer geworden sind. Jährlich kommen gemäss Schätzungen der Organisation allein in den Kasernen rund 7000 Soldaten um. Gesicherte Angaben sind jedoch kaum erhältlich, da sich das Verteidigungsministerium über die Zahl der Todesfälle ausschweigt.

Warum die Mütter?

Das menschenverachtende Vorgehen der russischen Streitkräfte in Tschetschenien erstaunt vor diesem Hintergrund kaum. Nach Erkenntnissen der Soldatenmütter wird den Soldaten der Aufenthalt in den Kasernen derart unerträglich gemacht, dass sie lieber in den Krieg ziehen, als länger dort zu bleiben. Wenn solche Methoden auch, infolge der sozialen und politischen Degradierung der Streitkräfte seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der damit verbundenen Engpässe an Nahrungsmitteln und Material, verstärkt zur Anwendung kommen, sind sie dennoch keineswegs neu. Die Tatsache, dass Generationen von Männern bereits durch die Rote Armee in ihrem Selbstbewusstsein gebrochen worden sind und jegliche Zivilcourage verloren haben, ist laut Elena Vilenskaja, der andern Co-Vorsitzenden der Organisation, einer der wichtigsten Gründe, weshalb sich hauptsächlich die Mütter für ihre Söhne in der Armee einsetzen. Ausserdem werden in der oben beschriebenen dedovščina die meisten Männer im Verlauf ihres Militärdienstes selbst zu Tätern, weshalb sie nachher selten gewillt sind, Kritik an den Verhältnissen in der Armee zu üben. Nicht zuletzt aber sei, so Elena Dmitrievna, die Mutter durch die Geburt dem Sohn eben näher als der Vater.

Diese starke Rolle vieler russischer Mütter lässt sich denn auch an anderen Orten beobachten, etwa wenn eine Gruppe Soldatenmütter selbstbewusst und ohne behindert zu werden eine Kaserne oder ein Militärspital besucht, um nach ihren Söhnen zu schauen. ▢